

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plagiaten
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 82

Freitag, den 7. April 1933

Jahrgang 106

Die neuen Aufgaben der deutschen Presse

Reden des Reichskanzlers und des Propagandaministers — Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierung im Dienst des Volkes

— Berlin, 7. April. In den Räumen des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda am Wilhelmplatz fand gestern ein Empfangsabend für den Berliner Verband der auswärtigen Presse statt. Es hatten sich zu dieser gesellschaftlichen Veranstaltung Reichskanzler Adolf Hitler und die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts, die auswärtigen Botschafter und Gesandten unter Führung des päpstlichen Nuntius, zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens, insbesondere der Wirtschaft, sowie in großer Zahl Vertreter der deutschen Presse eingefunden.

Nach einer Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden und einer Rede von Kommerzienrat Dr. Krumpholtz über die Arbeit der deutschen Presse im Sinne der Volksgemeinschaft und nationalen Einheit nahm

Minister für Volksaufklärung, Dr. Goebbels,

das Wort. Der Minister stellte in seinen Ausführungen fest, daß er den festen Willen habe, das Vertrauensverhältnis zwischen Presse einerseits und der Regierung andererseits herzustellen und zu fördern. Die Presse sei berufen, an der Bildung des Volkes mitzuwirken, und die Regierung sei sich der hohen Aufgabe der Presse auf diesem Gebiete wohl bewußt. Die öffentliche Meinung sei größtenteils das Ergebnis einer willensmäßigen Beeinflussung und die Presse habe hier ganz besondere Aufgaben zu erfüllen. Wer hier mitwirke, übernehme der gesamten Nation gegenüber eine große Verantwortung. Der Presse stehe auch das Recht zu, zu kritisieren und zu warnen, aber die Kritik dürfe das Maß der nationalen Disziplin nicht überschreiten, wie dies in den vergangenen Jahren der Fall gewesen sei. Je geschlossener der nationale Volkswille sei, desto stärker müsse sich auch der Verantwortungswille zeigen.

Die Pressefreiheit habe in den verflochtenen Jahren Dinge gezerrt, daß uns noch heute die Schamröte ins Gesicht steigen müsse. In keinem anderen Lande wäre es möglich gewesen, daß die kulturellen Güter und die Tradition eines Volkes so bedrückt werden durften, wie dies in Deutschland der Fall war. Der Kampf der Regierung gelte deshalb auch der intellektuellen Anarchie. Die geistigen Kräfte des deutschen Journalismus, die das Nationale aus Ueberzeugung bejahen, werden gerne in den Dienst der Regierung gestellt, und die Journalisten, die ehrlich und aus Ueberzeugung am Aufbau mitarbeiten, seien der Unterstützung der Regierung sicher. Im Interesse einer gesunden Wiedergeburt könne aber unter keinen Umständen sogenannter „patriotischer Ritsch“ geduldet werden. Jedem Berufsstand müsse es ernst sein bei der Aufbanarbeit; das konjunkturschädliche Wirken aber müsse auf das schärfste bekämpft werden. Hierzu bedürfe die Regierung der Mithilfe der gesamten deutschen Presse. Die Vertreter der Presse müßten sich ihrer hohen Aufgabe bewußt sein.

Wie Dr. Goebbels weiter mitteilte, werde in nächster Zeit ein neues Pressegesetz erscheinen, das der Presse gebe, was die Presse brauche, andererseits aber auch der Regierung das gebe, was sie haben müsse. Es sei nicht die Absicht der Regierung, die Presse uniform zu gestalten, auch die Presse müsse in gewissem Sinne Freiheiten haben. Die Hauptsache sei, daß sie national sei und der Wiedergeburt des Vaterlandes diene. Es sei zu hoffen, daß die gesamte deutsche Presse zu der inneren Ueberzeugung komme, daß nur auf nationalem Boden der Wiederaufbau möglich sei. Wer hier mitarbeiten wolle, sei der Regierung herzlich willkommen. Vertrauen auf beiden Seiten sei allerdings Voraussetzung, dann werde es auch möglich sein, Fehler gemeinsam zu überwinden, und die großen Aufgaben gemeinsam zu lösen. Wenn man mit Mut und Vertrauen in gemeinsamer Arbeit zusammenwirke, dann werde auch das Ziel erreicht, daß man in Deutschland wieder sagen könne: „Es ist eine Lust zu leben!“

Stürmisch begrüßt nahm dann

Reichskanzler Hitler

das Wort. Er erörterte zunächst die Gründe für die nationale Revolution, die er in den Ereignissen von 1918 und in der Niederhaltung der nationalen Presse seit dieser Zeit erblickte. Zur vollen Würdigung des Ablaufes der deutschen Revolution müsse man die unerhörte Unterdrückung der nationalsozialistischen Bewegung der letzten Jahre in Betracht ziehen. Dem aber stehe die unerhörte Disziplin und Selbstzucht der siegreichen Revolution gegenüber. In diesem Augenblick finde eine allgemeine Neuordnung der Beziehungen der deutschen Menschen und ihrer Organisationen zueinander statt. Die berechtigten Interessen des Einzelnen müssen in Uebereinstimmung gebracht werden mit den Interessen der Gesamtheit, und das gilt auch für die Interessen der einzelnen Stände des Berufslebens. Das bedeutet

nicht Verzicht auf die Wiederherstellung der Beziehungen zu anderen Völkern. Solche Beziehungen können aber nur vom gesamten Volk zu anderen Völkern, nicht mehr wie früher von einzelnen Klassen, Stämmen oder Parteien hergestellt werden.

Es ist klar, daß es in diesem Kampfe um die Neuordnung keine Sieger oder Besiegte geben kann. Wohl aber führt das neue Regiment seine Aufgabe mit all den Mitteln durch, die ihm den Erfolg garantieren. In einer solchen Zeit hat auch die Presse eine große Mission zu erfüllen. Die Presse ist kein Zweck an sich, sondern nur ein Mittel zu einem solchen. Wenn wir heute die Wiederherstellung einer einheitlichen geistigen Willensbildung der Nation anstreben, dann kann die Presse keinen anderen Zweck verfolgen, als an diesem Werk mitzuwirken. Das Recht zur Kritik muß Pflicht zur Wahrheit sein. Niemals darf Kritik Selbstzweck sein.

Reichskanzler Hitler schloß seine kurze Ansprache mit folgenden Worten: „Wir erkennen die Bedeutung der Presse vielleicht besser als unsere Vorgänger. Möge die Presse aber auch erkennen die Bedeutung eines Regiments, das in Deutschland durch die Ordnung der allgemeinen Verhältnisse jenen moralischen, politischen und damit auch wirtschaftlichen Emporstieg bringt. Ich möchte Sie daher, meine Herren, als Vertreter der auswärtigen Presse auch meinerseits begrüßen und möchte Ihnen danken für alles, was Sie an guter Erziehung an unserem Volke bisher geleistet haben

Tages-Spiegel

Reichskanzler Hitler und Minister Goebbels sprachen gestern über die Aufgaben der deutschen Presse.

Der Reichskanzler äußerte sich dem Kommissar der ärztlichen Epithenverbände gegenüber über rassenhygienische Aufgaben.

Der Reichspräsident empfing den neuen Washingtoner Botschafter Dr. Luther, der morgen die Reise nach Amerika antritt.

Der amerikanische Delegierte Norman Davis wird morgen in Berlin eintreffen. Wie verlautet, will Amerika neben England auch Frankreich, Deutschland, Italien und Japan zu einer Vorbereitungsbesprechung über die Weltwirtschaftskonferenz nach Washington einladen.

Der französische Ministerpräsident Daladier hat vor der Kammer jede Revision der Verträge abgelehnt und Frankreichs Stellung zum Viermächtepakt dargelegt.

und Sie herzlich einladen zur Teilnahme an einem Werk, das so oder so einmal in der deutschen Geschichte ehrenvoll bestehen wird.

Wenn auch in unserem Volke Zeichen der Größe immer wieder wechseln mit Zeichen des Verfalls, so wird das menschliche Handeln in der Geschichte abschließend beurteilt in einem Geiste, der der Lebensbehauptung dient und nicht der Zerkleinerung, und dann wird sich zeigen, daß uns nur ein einziger Gedanke beherrsicht: Deutschland!

Frankreich will keine Revision der Verträge

Stufenweise Abrüstung mit zwischenstaatlicher Kontrolle — Aufrechterhaltung der entmilitarisierten Zone — Der Mussolini-Plan gescheitert

U. Paris, 7. April. Ministerpräsident Daladier gab in der Kammer eine Erklärung über den Standpunkt der französischen Regierung zu den Vorberedungen des Interesses stehenden Fragen ab. „Wir sind“, sagte Daladier, „heute im Besitz aller diplomatischen Urkunden, die die Vorschläge Mussolinis und Mac Donalds und die Stellungnahme derjenigen Länder zur Folge haben müßten, mit denen wir durch die in Genf hinterlegten Verträge verbunden sind. Die Abrüstungskonferenz und der Plan zur Zusammenarbeit der großen Westmächte sind die wichtigsten Probleme der Gegenwart.“

Der Ministerpräsident entwickelte dann die These, die Frankreich in Genf verteidigen wird, sobald die Abrüstungskonferenz wieder aufgenommen worden ist. Stufenweise Herabsetzung unserer Rüstungen, unter der Voraussetzung, daß niemand aufrückt. Errichtung einer ständigen und wirksamen Kontrolle über alle Formen der Rüstung, und zwar sowohl nach der haushaltsmäßigen als auch nach der technischen Seite hin, Abschaffung der privaten Fabrikation und des Handels mit Waffen, das ist die Politik, die wir verteidigen, weil sie geeignet ist, eine Wiederaufnahme jenes Wettrennens zu verhindern, das Europa auf neue mit Blut bedeckte und seinen endgültigen Zusammenbruch hervorgerufen würde.

Aus diesem Grunde begrüßen wir in dem Geiste aufrichtigen Verständnisses den englischen Plan. Wir glauben, daß der englische Plan eine ausgezeichnete Grundlage für eine Aussprache bildet. Er ist bestrebt, die Abrüstung mit der Sicherheit zu verbinden. Er übernimmt die französische Idee von der Notwendigkeit der Abschaffung der Berufsarmeen, die ein Werkzeug der Angriffskriege zu sein pflegen. Er sieht ferner eine annehmbare Beschränkung der halb-militärischen Verbände vor, die die Kriegsstärke eines Landes vermehren. Wir selbst und andere Staaten werden Zusatzerträge einreichen. Ich muß eine loyale Anstrengung anerkennen, der ich den Erfolg im Interesse des Friedens und der Sicherheit Europas und der Welt wünsche, aber es ist klar, daß diese Anstrengung nur fortgesetzt werden kann unter einem Himmel, der von den drohenden Wolken befreit ist. Sonst ist dieses edle Unterfangen zu einem sicheren Scheitern verurteilt.

Zum Mussolini-Plan führte Daladier aus, daß eine erste Annäherung der Gedankengänge über die Zusammenarbeit der vier Westmächte festgefunden habe.

Es handelt sich nicht darum, unsere Zustimmung zu einer Art von Direktorium der Großmächte zu geben, das seinen Willen dem übrigen Europa aufzwingen würde, zu einer neuen „heiligen Allianz“, die noch malignischer als die alte eine gebietsmäßige Revision beschließen würde. Dieser Versuch würde mit der französischen Vorstellung von der Gleichberechtigung der Völker in Widerspruch stehen. Die Gleich-

berechtigung verlangt die Heranziehung der betroffenen Staaten zu allen Verhandlungen. Ihre Rechte können nicht ohne ihre vorherige Zustimmung und ohne die Einschaltung der Organe des Völkerbundes abgeändert werden.

Der neue Pakt muß tatsächlich die logische Folge der großen Friedensorganisation sein, auf die er sich bezieht, nämlich des Völkerbunds, des ungeteilten Völkerbunds, des Kellogg-Paktes und des Locarno-Vertrages, der bekanntlich die Unverletzlichkeit der französisch-deutschen Grenzen und das Bestehenbleiben der entmilitarisierten Rheinlandzone vorsieht. Die Verträge bleiben mit allen ihren Klauseln bestehen. Wir werden unsere Untertreue und unser freiwillig gegebenes Wort nicht verleugnen, noch die Ungültigkeit dieser Verträge erklären.

Gewiß lehrt die Geschichte, daß kein Vertrag ewig dauert. Der Artikel 19 sieht eine friedliche Prozedur vor, die Einstimmigkeit erfordert. Wird die Einstimmigkeit hierbei nicht mehr als notwendig erachtet, so darf sie auch nicht mehr gegenüber einer unmittelbaren Gefahr als erforderlich angesehen werden, wenn es sich darum handelt, einem unschuldig angegriffenen Opfer zu Hilfe zu eilen. Um welche Revision soll es sich handeln? Um welche Grenzen? Würde dieses unvermittelt in die Verhandlung geworfene Wort nicht zu Kriegen unter der Fahne des Friedens führen? Soll man glauben, daß im Frühjahr 1933 gegenüber dem Wiederaufleben eines gewissen Nationalismus (?) und einem Appell an die Leidenschaften, von denen man glaubte, daß sie für immer verschwunden seien, die beunruhigten Völker den Frieden in einer plötzlichen Aenderung der europäischen Karte finden könnten?

In der Aussprache äußerte sich Außenminister Paul-Boncour über die moderne Umgestaltung der Auslandspropaganda Frankreichs und gab einen näheren Bericht über die Genfer Abrüstungsverhandlungen. Den deutsch-italienischen Block stellte er als schuldig an dem ungünstigen Stand der Konferenz hin. Abschließend erklärte er zu Mussolinis Vorschlag: „Der Artikel 19 des Völkerbunds Paktes kann nur im Zusammenhang mit der gesamten Völkerbundssetzung erörtert werden. Frankreich wird seine Freundschaften und Allianzen nicht aufgeben, eher würde es auf weitere Verhandlungen über den Viermächtepakt Verzicht leisten.“

Der Mussolini-Plan gilt bereits als gescheitert

In Berliner politischen Kreisen stellt man fest, daß der Mussolini-Plan bereits gescheitert ist. Die französische Diplomatie hat auf der ganzen Linie gesiegt. Den letzten Ausschlag hat die Haltung Englands gegeben, welches sich nicht von Frankreich trennen wollte und deshalb den französischen Wünschen nachgab.

Der Aufbau der nationalen Agrarwirtschaft

Auf der 63. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats in Berlin erbat Präsident Dr. Brandes das Hauptreferat über „Aufbau der nationalen Agrarwirtschaft“. Dr. Brandes führte u. a. aus: Welche Art von Wirtschaftspolitik in Zukunft getrieben werden soll und auf welchen Grundlagen der Aufbau der deutschen Wirtschaft sich vollziehen soll, ist durch die klaren Kundgebungen des Reichskanzlers festgelegt. Die nationale Wirtschaftspolitik soll jetzt verwirklicht werden. Das ist eine Abkehr vom bisherigen System. Dem deutschen Bauern soll dadurch Existenzmöglichkeit und wirtschaftliches Fortkommen gegeben werden. Für eine solche Führung der Wirtschaft müssen die psychologischen Voraussetzungen in der Bevölkerung geschaffen werden. Die städtische Bevölkerung muß erkennen, daß auch ihre Existenz einen gesunden und leistungsfähigen Bauernstand bedingt. Die Wichtigkeit der Nahrungsfreiheit muß ihr klar gemacht werden. In den Händen der städtischen Hausfrau liegt es, das vielleicht wirksamste Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzuführen, wenn sie deutsche Waren kauft. Auf der anderen Seite muß sich das Landvolk klar machen, welche großen Aufgaben ihm durch eine nationale Wirtschaftspolitik zugewiesen werden. Wir haben jetzt eine Reichsregierung, die nicht nur guten Willen, sondern auch Macht und Energie hat ihr Programm durchzuführen und den Weg der Nationalwirtschaft konsequent weiterzugeben.

Wenn man an die Sanierung der Landwirtschaft herangeht, muß man sich ein Bild ihrer jetzigen Lage machen. Nach den sehr eingehenden Schätzungen des deutschen Landwirtschaftsrates ergibt sich, daß die deutsche Landwirtschaft, wenn man von Steuern, Zinsen und Soziallasten abzieht, nicht mit Minus, sondern mit Plus wirtschaftet. Dieses Plus wird aber nicht nur aufgezehrt von den Steuern, Zinsen und Soziallasten, sondern darüber hinaus in ein erhebliches Minus verwandelt. Gelingt es nicht, hier Wandel zu schaffen, kippt die ganze deutsche Wirtschaft. Nur durch Selbsthilfe läßt sich die Rentabilität angesichts dieser Lage nicht herstellen. Angesichts des großen Fehlbetrages der Landwirtschaft von jährlich über eine Milliarde RM. ist es klar, daß sich seine Beseitigung nur durch eine Senkung von Lasten und Zinsen auch nicht erreichen läßt. Ebenfalls ist es möglich, den Fehlbetrag nur durch Preiserhöhungen wettzumachen. Es muß eine Kombination aller drei Methoden eintreten, um das Ziel zu erreichen.

Nachdem der Redner die Ansicht, daß bald eine landwirtschaftliche Uebererzeugung eintreten würde, als falsch gekennzeichnet hatte, beschäftigte er sich ausführlich mit der Sicherstellung der deutschen Futtermittelbasis. Von Nahrungsfreiheit kann, so erklärte er, nicht die Rede sein, solange die Futtermittelbasis im Ausland liegt. Selbstverständlich ist, daß die notwendigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik in der richtigen Reihenfolge erfolgen müssen, zum Beispiel erst bessere Milch- und Fettpreise. Dann erst kann man an die Futtermittelpreise herangehen.

Was die künftige Handelspolitik betreffe, so entspreche das bisherige System unmittelbarer Meistbegünstigung und fester Tarifabreden zwar den Anforderungen des Weltmarktes. Nationale Wirtschaftspolitik lasse sich aber auf der Grundlage dieses Systems bei der Destruktion und Labilität des Weltmarktes und der Währung nicht treiben. Deshalb fordere die Landwirtschaft autonome Kontingente und Zölle als die einzig wirksamen Mittel gegen Uebererzeugnisse des deutschen Marktes mit Auslandsware. Neben den handelspolitischen müßten binnenwirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden. Zur Verfügung ständen Monopole, Verwendungs-, Abnahme-, Beimitzungszwänge, verschiedene Besteuerungsarten, Kennzeichnung und Kontingentierung der Erzeugung. Ein Beispiel sei die Regelung der Butterfrage.

In der Zinsfrage sei eine völlige Uebereinstimmung zwischen Kabinett und Reichsbank herzustellen. Die Regulierung der Zins- und Entschuldungsfrage eile, sonst komme man nicht zu einer Rentabilität der Landwirtschaft. Es gebe zwei Wege dafür: Entweder den der Konvertierung und des Affords mit den Gläubigern oder die zwingende Zinsherabsetzung durch Gesetz. Das Reichskabinett werde zu entscheiden haben, welcher Weg gegangen werden müsse. Ebenso werde es nötig sein, an die Steuern heranzugehen, um das Gleichgewicht herzustellen. Aus der Substanz könnten Steuern nicht bezahlt werden. Hinsichtlich der sozialen Lasten seien dankenswerterweise die Anfänge zur Nationalisierung schon gemacht. Unentbehrlich für das Fundament der nationalen Agrarwirtschaft sei schließlich der Ausbau und die Vertiefung des ländlichen und landwirtschaftlichen Erziehungs-, Unterrichts-, Ausbildungs- und Beratungswesens, sowie die Förderung und Erweiterung des landwirtschaftlichen Forschungswesens.

Der Redner schloß mit einem Hinweis auf die wilde Propaganda des Judentums gegen Deutschland und erklärte, auch diese Erscheinung zeige, wie notwendig nationale Wirtschaftspolitik ist und wie notwendig es ist, die Pfeiler deutscher Wirtschaft im Inlande zu fundieren.

Zum Schluß fand folgende Entschließung Annahme: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat als die berufene Vertretung des gesamten deutschen Bauernums gelobt der Regierung der nationalen Erhebung rückhaltlos und geschlossene Gefolgschaft und Unterstützung bei ihrem großen schwereren Werk, die Rettung und den Neuaufbau von Staat und Nation auf der Grundlage eines geistig, sittlich und wirtschaftlich gesunden, freien Bauernums zu gewährleisten, so wie es der Herr Reichskanzler fordert und wie es dem einmütigen Willen des Bauernums und aller deutschen Gauen entspricht.“



Ausschnitt aus der Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin. Von links nach rechts: Reichsminister Dr. Eugen Berg, Vizekanzler v. Papen und Reichskanzler Hitler.

Zur Gleichhaltung zwischen Reich und Ländern

— Berlin, 6. April. Auf Grund des § 18 des vorläufigen Gesetzes zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 wird verordnet:

§ 1. Bestehen Zweifel darüber, wer zur Einreichung eines Wahlvorschlages nach § 7 und 14 des Gesetzes befugt ist, so befragt der Wahlausschuß den Vertrauensmann der Wählergruppe (Partei). Als solcher gilt der Vertrauensmann des Reichswahlvorschlages der Wählergruppe (Partei) zur Reichstagswahl am 5. März 1933 oder die von diesem benannten Vertrauensleute in den Ländern, Bezirken und Gemeinden. Die Wählergruppen (Parteien) sorgen dafür, daß die Anschrift des zuständigen Vertrauensmanns den beteiligten Wahlausschüssen für die Neubildung der Landtage (Bürgerchaften) und der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper sofort mitgeteilt wird.

§ 2. Anschließerkündigungen, die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 getätigt waren, bleiben unbeachtet, wenn der Anschließ an einen fremden Reichswahlvorschlager erklärt war, ohne daß innerhalb der zu dem Lande gehörenden Wahlkreise oder Wahlkreisverbände Verbindungen mit den zu dem Reichswahlvorschlager gehörenden eigenen Kreiswahlvorschlägern getätigt waren. In diesem Falle können die beteiligten Parteien nur mit ihren eigenen am 5. März 1933 erlangten Stimmen zum Zuge kommen.

§ 3. Als Ersatz von Wahlvorschlägern der kommunistischen Partei gelten die Kreiswahlvorschlüge, die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 mit der Parteibezeichnung „Sozialistische Kampfgemeinschaft“ oder „Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern“ zugelassen waren.

Mit Rücksicht auf die vollzogene Vereinigung aller Bauernorganisationen unter der Schirmherrschaft des Reichskanzlers kommt dieser Tagung eine besondere Bedeutung zu.

Kurznachrichten aus aller Welt

In Germersheim (Pfalz) fand man den 30jährigen Müller Burret, seine zwei Jahre ältere Ehefrau und das zweijährige Söhnchen der Familie in der Küche ihrer Wohnung tot auf. Der Tod ist durch Gasvergiftung eingetreten. Der Mann hatte tags zuvor die Kündigung seiner Stellung erhalten. — In Annweiler (Pfalz) wurde nach einem Beschluß des Stadtrates das „Kriegerdenkmal“ am Löwenplatz, das die Inschrift trug „Nie wieder Krieg“, niedergelegt. Das Denkmal wurde auf Betreiben des damaligen sozialdemokratischen Bürgermeisters Konrad Breh erbaut. — Die Berliner Kriminalpolizei hob im Osten der Stadt ein riesiges Kellerloch aus. Sie beschlagnahmte in der Wohnung eines Kellners drei Wagenladungen Diebesgut, das aus zahlreichen Einbrüchen und Warenhausdiebstählen stammte. — Gegen Generaldirektor Alberti von der Reichskraftspritzgesellschaft wurde wegen Bestechungsverdachts ein Verfahren eingeleitet. — Der Rundfunksender von Toulouse ist durch ein Großfeuer vollkommen zerstört worden. — Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die städtischen Behörden der Sowjetunion die Herstellung der russischen Osterpeisen und des Ostergebäcks in den Bäckereien verboten. Zuwiderhandlungen werden mit schweren Gefängnisstrafen belegt. — Eines der beiden Sonderflugzeuge der englischen Everest-Expedition mußte auf dem Fluge nach dem Kanchenjunga, etwa 80 Kilometer von Purniah entfernt, eine Notlandung vornehmen. Der Führer des Flugzeuges und der Photograph blieben unverletzt. — Wie aus Akron (Ohio) gemeldet wird, ist das neue größere Schwesterluftschiff der „Akron“, die „Macon“, nunmehr fertiggestellt und wird am kommenden Montag ihre Jungferntour antreten.

Der erste Schritt zur nationalen Geldwirtschaft

Reichsbank zahlt Rediskontkredit an die ausländischen Staatsbanken zurück

Die Verlängerung des am 4. März fällig gewordenen sogenannten Rediskontkredits der Reichsbank von 70 Millionen Dollar ist insofern auf Schwierigkeiten gestoßen, als die Gläubigerbanken anlässlich der kürzlich beobachteten Bewegungen des Dollarkurses eine besondere Währungsabsicherung durch eine verstärkte Goldklausel verlangten, deren Annahme wiederum Schwierigkeiten begegnete. Die Reichsbank hat deshalb den Gläubigerbanken angeboten, von der Aenderung der Währungs-klausel abzusehen oder die Rückzahlung des Kredits entgegenzunehmen. Nachdem eine der Gläubigerbanken sich für die Rückzahlung entschieden hat, ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen die entsprechenden Goldbewegungen stattfinden werden.

Von unterrichteter Seite wird hierzu mitgeteilt: Zu einer Beunruhigung des Publikums liege nicht der geringste Anlaß vor. Bekanntlich wurde der Rediskontkredit von den Staatsbanken von Amerika, England und Frankreich und von der V.B. im Juli 1931 der Reichsbank in Höhe von 100 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt, als infolge der Bankenkrise die Reichsbank Mangel an Zahlungsmitteln hatte und die Gefahr bestand, daß die damalige 40prozentige Notenbedeckung unterschritten werden müßte. Jedesmal, wenn die Zahlung fällig gewesen ist, hat es große Schwierigkeiten wegen der Verlängerung des Kredits gegeben, vor allem von Seiten Frankreichs, das politische Vorteile haben wollte. Der Kredit war nunmehr wiederum am 4. März fällig geworden. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Kredits stieß man erneut auf Schwierigkeiten. Da der Kredit finanziell und politisch der Reichsbank zu teuer war, wurde beschlossen, den Rest dieses Kredits in Höhe von 70 Millionen Dollar nunmehr an die Gläubiger zurückzahlen.

Der „Börsenkurier“ schreibt u. a.: Die Bereitwilligkeit zur Rückzahlung ist als ein erster entschlossener Schritt zur Klärung des deutschen Wirtschaftsverhältnisses vor Deutschland selbst und vor allem vor dem Ausland zu bewerten. Die Rückzahlung der vom deutschen Noteninstitut den anderen Notenbanken geschuldeten Goldbeträge reißt Schleier, wenn sie noch bestanden haben, hinweg. Sie befreit sie genau so, wie es seinerzeit die Rückzahlung der 110 Mill. Goldpfund durch die Bank von England an Frankreich und USA tat. Wie damals die Bank von England sich die Hände frei machte für ein absolut eigenständiges Handeln, das auf Fundamentierung zielte, so hat die Reichsbank jetzt die Klarheit dafür geschaffen, daß die deutsche Devisenabgabe sich nicht mehr von anderen Rücksichten als von rein deutschen leiten läßt. Selbstverständlich — das sei nur zur Vermeidung von Irrtümern hinzugefügt — dient die Lösung der Reichsbank von eigenen Devisenverbindlichkeiten gerade der Aufrechterhaltung der deutschen Währungsstabilität, eben im Rahmen der Devisenabgabe. Schachts Entschluß bringt der Welt zum Ausdruck, daß in dieser Situation eine vernunftgemäße Verständigung auch über die privaten Transferszahlungen zwischen dem Ausland und Deutschland nun möglich geworden ist, nachdem der deutsche Außenhandel die zur Ausgleichung der Devisenbilanz notwendigen monatlichen 80 Millionen Mark Devisen in diesem Jahre auch nicht entfernt mehr aufbringt. Damit scheint das längst überfällige Problem der Neuordnung der privaten deutschen Auslandsverschuldung angeknüpft. Die Art, in der es geschieht, gibt die Gewähr, daß bei selbstverständlichem Verständigungswillen und Verständigungswunsch auf deutscher Seite gleichzeitig das Bewußtsein herrscht, auf alle Fälle zu einer baldigen Entscheidung kommen zu müssen.

Nationale Wirtschaft

Der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Bang, zeigte in einer Versammlung des Bundes für Nationalwirtschaft und Volksgemeinschaft die geistigen Grundlagen auf, auf denen die nationale Regierung innerhalb des wirtschaftlichen und sozialen Bereichs arbeiten wolle. Es genüge nicht, Marxismus und Materialismus zu zerlegen. Sie müßten geistig überwunden werden. Nur der Wiedergewinn einer wirtschaftlichen Gesinnung könne der deutschen Wirtschaft die verlorene Selbstbestimmung wiederbringen. Eine solche Gesinnung wachse aber nur auf weltanschaulicher Grundlage. Der Vortragende setzte ferner den Begriff und die Gedankengänge der nationalen Wirtschaft auseinander: Schutzoll sei in erster Linie Arbeitslohnspolitik. Zollfreiheit dagegen heiße Arbeitslosigkeit. Darüber, ob Schutzoll oder Zollfreiheit gelten solle, dürfe allein die jeweilige Lage des eigenen Landes entscheiden. Heute sehe man den grausamen Erfolg einer einseitigen weltwirtschaftlichen Verflechtung. Die tiefste Ursache des deutschen Unglücks liege in der Selbsterfüllung des Binnenmarktes. Künstlich hochgetriebene Ausfuhr auf Kosten des Binnenmarktes müsse zur Vernichtung führen. Deutschland müsse seine Wirtschaft einrichten auf der Grundlage des Ausgleiches industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugung und dürfe den Weltmarkt nicht als Ernährungsbasis des Volkes betrachten. Es müsse nach einer Idee gesucht werden, die uns die wahrhaftige Organisationsformel des öffentlichen Lebens gebe. Sie sei nur in der Rückkehr zur deutschen Idee zu finden, daß nicht der Einzelne, sondern das Ganze das Maß der Dinge sei. Aus recht verstandenem Gemeinschaftsgedanken müsse man zu neuem Aufbau wirtschaftlichen und sozialen Lebens gelangen. Die chinesische Mauer, die Arbeiter und Unternehmer bisher getrennt habe, müsse niedergelegt werden.

Ein gutes Ostergeschäft

Sichern Sie sich, wenn Sie jetzt mit der Anzeigenwerbung im „Calwer Tagblatt“ beginnen.

